

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 356.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Verlagspreis für Halle und Gerate 2,40 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr, die halbjährige und die jährliche Lieferung 7,20 M., 13,20 M., 24 M. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle (Saale), Gutenberg-Druckerei (Halle, Saale), 20. Unterwallstraße (Gemeindeamt), 20. Unterwallstraße, 20. Unterwallstraße, 20. Unterwallstraße (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die telegraphische Fernabgabe oder deren Raum für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei reaktionstheoretischer Zeit die Zeit 100 Pfennig. Abgabegebühren für die telegraphische Fernabgabe oder deren Raum für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei reaktionstheoretischer Zeit die Zeit 100 Pfennig. Abgabegebühren für die telegraphische Fernabgabe oder deren Raum für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei reaktionstheoretischer Zeit die Zeit 100 Pfennig.

Halle (Saale), Leipziger Straße Nr. 61/62
Telephon 8106 u. 8109; Telefaxtelephon 8110
Verleger: Dr. Strassmann-Kielbaso, Halle (Saale).

Freitag, 1. August 1913.

Halle (Saale), Bernburger Straße 31
Telephon 8111; Telefaxtelephon 8110
Druck und Verlag von Otto Thiels, Halle (Saale).

Der Boykott deutscher Waren in Frankreich.

Neben dem Verlust von Elsass-Lothringen ist keine Bestimmung des Frankfurter Friedens den Franzosen von jeher so verhasst gewesen, wie die Festlegung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich und seiner Unabänderlichkeit. Mit dem Frieden hat sich die Abneigung der Franzosen gegen diese Bestimmung noch wesentlich verstärkt, und zwar in dem Maße, in welchem die wirtschaftliche Aufschwüfung Deutschlands und demgemäß auch die Einfuhr deutscher Waren in Frankreich zunahm. Verschiedentlich ist von Seiten Frankreichs bereits der Versuch gemacht worden, dieser Einfuhr aus „Rechtsweg“ durch alle möglichen Schikanen, die die klare Vorchrift des Frankfurter Vertrages umgingen, Abbruch zu tun, und es ist beweisend, daß jedesmal, wenn eine politische Spannung zwischen den beiden Ländern eintritt, sich die Nachwirkung derselben auch auf wirtschaftlichem Gebiete äußert und den erneuten Versuch zeigt, den deutschen Waren den Eingang in Frankreich zu erschweren. Auch jetzt sind die französischen Chaubinisten wieder am Werke, um einen Boykott deutscher Waren durchzuführen. Einen nennenswerten Erfolg haben diese Bestrebungen bis jetzt allerdings noch nicht gehabt, und die Tatsache, daß die deutsche Einfuhr in Frankreich im ersten Vierteljahr 1913 um 22 Millionen Mark im Vergleich zu dem Werte der Einfuhr während des gleichen Zeitraumes 1912 gestiegen ist, beweist am besten, wie sehr Frankreich auf den Bezug deutscher Waren angewiesen ist. Unzweifelhaft sind aber Anzeichen dafür vorhanden, daß die Boykottbewegung anfängt, dem deutschen Handel Schaden zuzufügen. Sowohl die Handelskammer von Mannheim wie die von Lübeck haben festgestellt, daß der Rückgang des Warenbezuges aus Deutschland seitens französischer Geschäftshäuser erheblich zunimmt und die deutsche Industrie in ihrem Export nach Frankreich bedroht.

Daß diese Boykottbestrebungen in Frankreich stets einen gewissen politischen Anstrich haben, ist selbstverständlich. Dieser politische Charakter ist aber bisher noch niemals in so scharfer Weise hervorgetreten, wie es jetzt der Fall ist. In den Boykottbestrebungen wird ganz offen auf die wirtschaftliche Motive hingewiesen, und die Bemerkung, daß jeder Franzose, der deutsche Waren kauft, dazu beitrage, die deutsche Wehrkraft zu verstärken ist in diesen Aufforderungen bereits zu einer häufigen Lebensart geworden. Dieser politische und wirtschaftliche Chaubinismus wird von der französischen Presse derart gefördert, daß die französischen Geschäftshäuser heute bereits unter einem gewissen Druck der öffentlichen Meinung stehen und es kaum noch wagen dürfen, ihren Warenbezug aus Deutschland offen zuzugeben. Nicht wenig lag an dieser Entwicklung die Haltung der französischen Regierung beigetragen, die zwar nicht direkt, aber doch auf gewissen Umwegen die Boykottbestrebungen fördert. So ist nicht mit Unrecht die im Januar dieses Jahres seitens der französischen Regierung veranfaßte Umfrage, durch welche festgestellt werden sollte, inwieweit ausländisches Kapital in den industriellen Betrieben in Frankreich investiert sei, auf eine Intention abgesehen, den demnach erfundene, welche Maßnahmen die Regierung gegen das „Eindringen deutscher Erzeugnisse in Frankreich“ zu ergreifen gedenke. Mit welchen Mitteln die französischen Chaubinisten arbeiten, erhellt aus dem Umstande, daß es Franzosen gewesen sind, die in einigen deutschen Städten einen Aufruf verbreitet haben, der zum Boykott französischer Waren aufforderte, und seinen anderen Zweck hatte, als in Frankreich als Agitationsmaterial zu dienen. Neuestens ist es jenseits der Vogesen auch zur Bildung einer Liga französischer Käufer und Konsumenten gekommen, deren Mitglieder sich zum Boykott deutscher Waren verpflichtet haben.

Diesen wachsenden Bestrebungen gegenüber, den deutschen Handel nach Frankreich zu schädigen, kann unsere Handelswelt und die Handelsregierung kaum noch länger gleichgültig bleiben. Mit einem Gesetzentwurf, der bereits von verschiedenen Seiten empfohlen und auch bereits mehrfach in der Öffentlichkeit viel zu erreichen sein, zumal dadurch die Schädigung, die unser Handel erlitt, nicht aufgehoben werden. Wir sind der Ansicht, daß die öffentliche Propaganda für einen Boykott deutscher Waren in Frankreich dem Sinne des Vertragsverhältnisses, das zwischen Deutschland und Frankreich besteht, durchaus widerspricht, und daß eine solche öffentliche Propaganda unter Regierung Anlaß und Handhabe bieten würde, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden. Weichen öffentliche Vorstellungen wirkungslos, so müssen eben scharfere Maßnahmen getroffen werden. Auf keinen Fall darf der Eindruck aufkommen, als ob Deutschland und der deutsche Handel im Gefolge der französischen Chaubinisten wehlos gegenüberstünden. Für die deutsche Handelswelt und die deutschen Konsumenten im allgemeinen sollte unter den obwaltenden

Umständen allerdings das Bestreben nacheliegen, so weit als tunlich den Verbrauch französischer Erzeugnisse einzuschränken. Nach der Art der französischen Einfuhr in Deutschland würde Frankreich wohl sehr bald merken, daß es sich mit einem Boykott deutscher Waren auf dem Holzwege befindet. Aber wie gelangt, ein Maßnahmmittel gegen die beabsichtigte Schädigung des deutschen Handels nach Frankreich ist ein solcher Gegenboykott nicht, und politische wie wirtschaftliche Gründe lassen es als notwendig erscheinen, daß die Reichsregierung sich mit diesen Dingen befaßt.

Zum sozialdemokratischen Parteitage.

Aus dem diesmaligen Berichte des sozialdemokratischen Parteivorstandes klingt es wie Dämpfung. Es heißt darin, das Berichtsjahr sei ein Jahr des Kampfes gewesen, „vorausweisend freilich ein Jahr des Abwehrkampfes“. Das klingt von dem Hauptbeteiligten an der sozialen Vorkämpferarbeit nicht gerade zuversichtlich. Allerdings wird der Bericht wehleidig feststellen, daß der Wunsch der Parteigenossen, die Organisationen fortzuführen zu leben, trotzdem die „aktiven Parteigenossen“ außerordentlich hohe Anforderungen zu befriedigen hatten, nicht erfüllt worden ist. Deshalb mußte verläßt werden, die Ursachen dieser Enttäuschung festzustellen. Wie gewöhnlich macht der Vorstand für dieses betrübliche Agitationsergebnis alles andere, nur nicht die eigene Dämpfungspolitik verantwortlich. In erster Linie: die wirtschaftliche Lage. Und dann eine mangelhafte Vorbereitung der Aufnahme neuer Mitglieder in den öffentlichen Versammlungen, sowie die Vernachlässigung der propagandistischen Aufgaben durch die Presse. Insbesondere der Presse wird die Verantwortung vor, daß sie sich immer mehr an die organisierten und geschulten „Genossen“ wende, während von ihr verlangt werden müsse, daß sie auch die indifferenten Bevölkerung, die nach Fernstehenden für die Partei gewinne. Da soll also vermutlich noch ungenühere Vertuschungs- und Täuschungspolitik geübt werden.

Ueber den Bestand von Mitgliefern der Kreisorganisationen berichtet der Parteivorstand, daß die Zahl der Organisierten gegen das Berichtsjahr von 970 112 auf nur 982 850, also um 12 738 oder 1,2 v. h. gestiegen sei. Verlässigst macht man, daß der Mitgliederzuwachs hauptsächlich auf die weiblichen Mitglieder entfällt, die sich um 10 744 vermehrt haben, so macht die Zunahme an „Genossen“ um noch nicht 2000 Mann recht lässig. Auch über den Stand der Parteipresse vermag der Bericht nichts Erreichtes zu melden. Eindeutlich des Frauenorgans „Gleichheit“, das eine Abonnentenvermehrung von 5000 zu verzeichnen hat, hat sich die Abonnentenzahl der gesamten Sozialistenpresse um 12 830 verringert. An dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 Zunahme zu melden haben. Den stärksten Abonnentenverlust hatte der „Vorwärts“ mit 8400. Von einigen Ziffern ist die Aufzählung des an der Sozialistenpresse herrschenden Verfalls, es umfasst einschließlich der technischen Kräfte 3500. Eine Vermehrung der Abonnenten um über 9000 verzeichnet die „Arbeiterjugend“, die nunmehr in 89 400 Exemplaren erscheint. Die rote Jugendbewegung macht also noch immer bedeutendere Fortschritte.

Ein nicht gerade angenehmes Kapitel für den Parteivorstandsbereich ist das, was von den Nachwahlen zum Reichstage handelt, bei denen die Sozialdemokratie fast durchweg empfindliche Stimmenverluste gehabt hat. Der Bericht meldet, die Ergebnisse der Nachwahlen zeigten fast überall schwächere Wahlbeteiligung. Diese Erscheinung sei aber nicht neu, sie werde immer noch den allgemeinen Wahlen beobachtet. Dagegen hieß es in dem vorjährigen Vorstandsbericht an den Parteitag zu Chemnitz über die Nachwahlen vor den 1912er Reichstagswahlen: „Als drei Wahlen zeigten dieses Bild wie auch die Reichswahlen seit 1909. Anmassen der sozialdemokratischen Stimmen und Verluste für die Parteien des blau-schwarzen Blocks.“ Von den fünf Reichswahlen, die nach dem Januar 1912 stattfanden, weiß der Bericht von „demselben Wille“ nichts zu melden. Am Gegenteil muß er auf die Stimmenverluste hinweisen. Und diese Erscheinung hat sich denn auch in dem jetzigen Berichtsjahre fortgesetzt. Da sich jetzt nur die eine Hälfte des Vorstandsberichtes vorliegt, ist von den Massenverhältnissen usw. daraus noch nichts zu entnehmen.

Die zweite Sitzung der Friedenskonferenz

Am Donnerstag nachmittags um 4 Uhr in Bukarest statt. Vorher hatten die rumänischen Delegierten in einer vertraulichen Konferenz einmütig die Punkte an der Grenze, deren Veränderung von Rumänien verlangt wird, topographisch festgelegt. In der Plenarsitzung stimmte die Konferenz dem Protokoll der vorbereitenden Sitzung, das von allen Delegierten unterzeichnet wurde, zu. Ministerpräsident Morescu machte den Vorschlag, daß die Mitglieder

der Konferenz sich in einer den strittigen Punkten entsprechenden Gruppierung gegenseitig in besonderen Sitzungen Vorschläge machen sollten derart, daß die hauptsächlichsten Fragen bereits erörtert und geklärt vor die Konferenz zurückfänden. Die Führer der Missionen stimmten diesem Vorschlage zu. Am Abend wollte die bulgarische Mission mit den rumänischen Delegierten im Ministerium des Auswärtigen arbeiten, um die rumänischen bulgarischen Fragen zu erörtern. Am heutigen Freitag früh werden die Delegierten der Verbündeten mit den bulgarischen Abgeordneten arbeiten und am Nachmittag um 4 Uhr wird eine Plenarsitzung stattfinden, deren Dauer von dem Umfang der in den Sonderfragen geleiteten Arbeit abhängen wird.

Es wird viel beachtet, daß trotz des angeblichen Widerstrebens der Verbündeten gegen die Entfaltung der Feindschaften die rumänische Auffassung schließlich doch die Oberhand gewonnen hat, was als Zeichen angesehen wird dafür, daß sich der mächtige und unberuhigende Einfluß der rumänischen Delegierten auch weiterhin geltend machen wird. Auf Seiten der bulgarischen Delegierten besteht der Wunsch, vorerst jene Punkte zur Sprache zu bringen, über die eine Einmütigkeit voraussetzlich leicht erzielt werden wird. Man glaubt, daß dies bezüglich der fünfzigsten territorial-bulgarischen Grenze eher möglich sein wird als bezüglich der bulgarisch-griechischen Grenze.

Die Nachricht über die Vereinbarung der fünfzigsten Waffeneruhe hat in den politischen Kreisen Wiens allgemein einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Man gibt sich der Erwartung hin, daß in der Abwesenheit eine prinzipielle Einigung in der Friedensfrage erzielt werden wird.

Ueber die kriegerischen Ereignisse.

Die jenseitigen Einziehungsaktionen haben sich der Festung Widin bis auf einige Kilometer genähert. Die Serben haben Novo Selo, ganz dicht bei Widin, eingenommen. Dicht an der alten Grenze im Angesichte von Blasina berückten die Bulgaren in einer letzten Anstrengung drei Stürme auf dem rechten Ufer. Der Feind wurde zurückgewiesen und erlitt beträchtliche Verluste. Die bulgarische Armee ist vollständig erholt durch die letzten Anstrengungen und steht vor der völligen Auflösung.

Amlich werden neuerlich alle vollständige Siege der Griechen gemeldet. Als die Bulgaren die Angriffe bei Schumla wieder aufnehmen wollten, wurden sie zurückgewiesen, bevor sie Zeit hatten, Verstärkungen heranzuschicken. Sie erlitten eine katastrophale Niederlage. Nichtsdestominder führen sie fort, die griechischen Stufen anzugreifen. Sie erlitten sehr verlickt vor dem linken griechischen Flügel im Norden von Pektivovo und suchten nach Süden gegen die Taler der Treganika und der Pektivovo vorzudringen. Die Griechen wurden ermuntert, sich zurückzuziehen und eine Verteidigungsstellung auf den Höhen im Nordwesten von Pektivovo einzunehmen. Die Bulgaren unternahm drei Tage lang erfolglose Angriffe, wurden jedoch unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Zwei griechische Divisionen griffen die Bulgaren in der Nähe an und eroberten nach erbittertem Kampfe die Höhen von Sallan Balcha und Lesca und betrieben den Feind von allen Höhen. Die Bulgaren wollten bei Pektivovo die griechische rechte Flanke angreifen, wurden jedoch zurückgewiesen. Eine andere bulgarische Abteilung, die aus sechs Bataillonen und acht Kanononen bestand, kam von Tatar Bogardik her und griff ein griechisches Bataillon bei Mahoma an. Das griechische Bataillon mußte sich vor den bedeutenden feindlichen Streitkräften gegen Abwehrkämpfe zurückziehen. Jedoch kam ihm die rechte griechische Division zu Hilfe und schlug den Feind vollständig. Die Verluste der Bulgaren sind bedeutend.

Deutsches Reich.

Der neue Kriegsminister und der Preffe. Dem Reichsverbande der Deutschen Preffe ist folgendes Schreiben Sr. Majestät des preussischen Regimentsministers zugegangen:

Für die freundliche Überlegung der Nr. 6 der Mitteilungen Ihres Verbandes über die aufrichtigsten Dank. Ich habe mit großem Interesse von den Verhandlungen über die Aufgabe der Preffe in Kriegzeiten und die Besondere militärischer Nachrichten durch die Preffe Kenntnis genommen, kann Sie aber beruhigen, daß es dieses Einverständnis in Ihren Meinungsaustausch nicht bedürftig ist, um mein Verständnis für die Bedeutung der Preffe im allgemeinen wie für Ihre Bestrebungen im besonderen zu wecken. Sie wollen überzeugt sein, daß ich der deutschen Preffe die Erfüllung ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe, soweit es an mir liegt, mit allen Kräften erleichtern werde.

Die im vorstehenden Schreiben erwähnte Nr. 6 der „Mitteilungen“ enthält einen ausführlichen Bericht über die Düsseldorf-Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Preffe.

Soge: Es gibt an meine Unterhandlungen und Brandt waren...
Kriegsgericht Dr. Wolf: Unter den Normalregeln, die...
Angekl. Soge: Die wesentlichen Mitteilungen habe ich nicht...

Kriegsgericht Dr. Wolf: Unter den Normalregeln, die...
Angekl. Soge: Zu Krupp habe ich niemals gehen wollen...
Der Angekl. Soge: Ich habe mich nicht entschuldigen wollen...

Luffahrt.
Der deutsche Höhenföhrer verbessert.

Auf dem Flugplatz Gellenkichen-Essen...
Der Höhenföhrer verbessert.

Dermittles.

Die deutsche Flage heruntergerissen...
Der Angekl. Soge: Ich habe mich nicht entschuldigen wollen...

Provinz Sachsen und Umgebung.
Weitenfels, 31. Juli. (Zähllicher Unfall) Auf der...

Kunst und Wissenschaft.
Ester Melegger. Anlässlich seines 70. Geburtstages erhielt...

in Prinzipie nicht abgelehnt ist, ein etwaiges Anzeichen von...

Sport und Jagd.
Explosionsunfall beim Motorrennen.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 1. August.
Von der Universität Halle.

Die Friedensverhandlungen am Balkan.

Letzte Telegramme.

Die Friedensverhandlungen am Balkan.
Bukarest, 1. Aug. (Agence Reunione).

Börsen- und Handelsteil.
Produkten- und Warenmärkte.

Beiliner Fußmarkt. (Anst. Notierungen) Berlin, 31. Juli.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Kunst und Wissenschaft.

Wagen: Gorkowitzer II Juli/Aug. 218 M., Aug./Sept. 217 M.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Neueste Handels-Depeschen.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Neueste Handels-Depeschen.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Neueste Handels-Depeschen.

